

Verärgerung über Wulff-Brief

Der Ärger in der Haseldorfer Marsch ist groß über einen Brief des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU), in dem er das Ansinnen aus der Haseldorfer Marsch rundweg ablehnte, die Anzahl der Kraftwerksprojekte in Stade zu begrenzen.

Von Thomas Pöhlßen

Haselau/Haseldorf/Hetlingen/ Neuendeich/Stade. Das Mitglied der „Bürgerinitiative gegen massive umweltbelastende Industriekonzentration in Stade“ redete Klartext. „Dann kann man die CDU nicht mehr wählen“, erklärte Dr. Wolfgang Werther während der jüngsten Gemeindevertretersitzung im Haselauer Landhaus mit Blick auf ein Schreiben, das der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) dem Haseldorfer Landtagsabgeordneten Thomas Hölck (SPD) geschickt hatte (die UeNa berichteten).

„Sehr negativ“ sei der Christdemokrat mit den Bedenken aus der Haseldorfer Marsch gegenüber den vier Kraftwerksprojekten umgegangen. Der Spitzenvertreter der BI monierte außerdem den „rüden Ton“, in dem der Christdemokrat das Ansinnen nach einer Begrenzung der Projekte abgelehnt hatte.

Dieser Vorwurf treffe ihn natürlich an einer empfindlichen Stelle, sagte der christdemokratische Bürgermeister Rolf Herrmann. Er verwies darauf, dass der niedersächsische Ministerpräsident natürlich die Interessen seines Landes im Auge habe.

„Die FDP gehört dazu“, wollte Rudolf Zilles (SPD) mit Blick auf die Koalition in Hannover den Kreis der Verantwortlichen erweitert wissen. Union und Liberale wollten gemeinsam Niedersachsen zum Stromexporteur machen und seien außerdem für den Mülltourismus verantwortlich, der sich aus dem Bau der Müllverbrennungsanlage der Prokon in Stade ergebe.

„Ein norddeutsches Energiekonzept wird es damit nicht geben“, kritisierte der Fraktionsvorsitzende der Freien Wählergemeinschaft Haselau (FWH), Harald Jürgs, mit Blick auf die Forderung von Wulff, in dem Papier auch längere Laufzeiten der Atomkraftwerke festzuschreiben. Die Forderung aus der Marsch nach einem Energiekonzept, in dem die Zahl der Kraftwerke festgeschrieben wird, hatte sich Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) zu eigen gemacht.

Minister hätten ihnen gesagt, dass so ein Konzept auf Bundesebene wegen der zahlreichen divergierenden Interessen unmöglich sei, erklärte der Bürgermeister. Vielleicht könnte es aber mit einem norddeutschen Energiekonzept klappen, so der Hinweis von höherer Stelle.

ES WIRD GEMESSEN!

Es wird wie bisher auch Ozon und Stäube in Altendeich gemessen“, stellt Christian Seyfert, Pressesprecher von Umweltminister Christian von Boetticher (CDU), auf UeNa-Anfrage fest. Außerdem werde im Rahmen eines zeitlich befristeten, landesweit angelegten Programms mit der Haselauer Station die Luft auf Dioxine und PCB (polychlorierte Biphenyle) untersucht.

Während der jüngsten Haselauer Gemeindevertretersitzung hatten die Politiker behauptet, derzeit werde in Altendeich nur Ozon untersucht. Grundlage der Behauptung war ein Bericht des Staatlichen Umweltamtes (StUA) aus Itzehoe über Luftqualitätsmessung.

Der Umweltminister hatte während einer Versammlung im Juli in Haseldorf versprochen, dass die Messungen in Altendeich auf Dioxin und PCB ausgedehnt werden. (tp)

nordClick/uena vom 26.09.2008 20:43

Quelle im Internet: <http://www.uena.de/artikel/2469956>